

„Sich herauszuhalten ist falsch verstandene Demokratie“

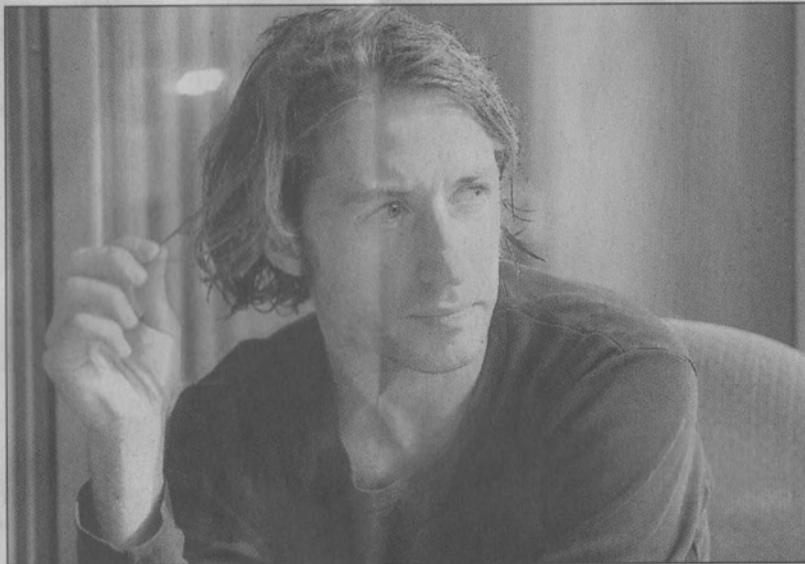
Bürger.Courage-Chef Christian Demuth über Erfahrungen mit Firmen und Politikern im Umgang mit Rechtsextremismus.

Herr Demuth, wie erklären Sie sich, dass es heute noch zu peinlichen Eklats nach Provokationen von Rechtsextremisten kommt wie etwa rund um das NPD-Pressefest in Pappritz?

In unserer Arbeit für Bürger.Courage erleben wir immer wieder, dass viele Entscheidungsträger die Demokratie als solche nicht verstanden haben. Das gilt für Politiker wie für viele andere Institutionen – von der Universität bis zum Ortschaftsrat. Gewählte Politiker übernehmen besondere Verantwortung, weil es bei ihrem Handeln immer um demokratische Werte geht.

Können Sie ein Beispiel geben?

Immer wieder gehen Entscheidungsträger der oft gehörten Nazi-Argumentation auf den Leim. Zum Beispiel, wenn Kommunalpolitiker oder Firmen ernsthaft behaupten, ein Bekenntnis für die Demokratie würde andere – die NPD – ausgrenzen oder gar diskriminieren. Das ist ein Skandal. Die Leute trauen sich nicht, sich klar zu positionieren und begründen das mit „Partei-politik“, aus der sie sich heraushalten müssten. Dies ist falsch verstandene Demokratie. Rechtsextremisten gleich welcher Partei richten sich gegen demokratische Grundüberzeugungen und verfolgen eine



gemacht. Jetzt arbeiten wir recht erfolgreich zusammen. Ein anderes gutes Beispiel ist Dynamo Dresden. Die jüngste klare Distanzierung von gewaltverherrlichenden Parolen und Nazi-Klamotten wie von Thor Steinar im Stadion sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Wo liegt das Kernproblem?

Die letzten Jahre haben gezeigt, wir haben in Sachsen ein Problem mit dem Rechtsextremismus und mit Fremdenfeindlichkeit. Das haben die Eliten lange nicht wahrhaben wollen. Sich dem Problem zu stellen bedeutet Aufwand. Es kostet Zeit, Geld und Ressourcen. Aber die positiven Beispiele zeigen doch, dass es sich lohnt. In Leipzig haben die Nazis die Lust am Demonstrieren verloren. Die Stadt hat ihnen über Jahre viele Probleme gemacht. Der größte Nazi-Aufmarsch findet aber noch immer in Dresden statt. Ausgerechnet zum 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung, für die Nazis verantwortlich sind.

Was ist der besondere Charme des Freundeskreises gegen rechtsextremes Denken?

Wir sind überparteilich und sehen den Wert der Demokratie an sich gefährdet. Wir sind auch nicht links, was manchmal zu hören ist, sondern eine offene, bunte Initiative aus der Mitte der Gesellschaft, wenn man so will. Künstler machen bei uns mit, Techniker, Ingenieure und nicht nur Geisteswissenschaftler, wie man meinen könnte. Uns alle hat tierisch genervt, dass die NPD in Dresden so stark aufmarschieren kann. Und wir finden es widerwärtig, dass Menschen anderer

...ungen und verfolgen eine menschenverachtende Ideologie. Davon muss man sich abgrenzen und diesen Einhalt gebieten.

Solche Dinge erleben Sie mit Bürger.Courage?

Ja selbstverständlich ständig. Etwa wenn wir ein Transparent auf einem Hochhaus anbringen wollen, das für eine Gegendemonstration gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar wirbt. Oder wenn wir Institutionen um eine klare Stellungnahme oder einen Beitrag für die Demokratie, Toleranz und Menschenrechte bitten. Viele fürchten einen Imageverlust, wenn sie sich zu demokratischen Werten bekennen. Sie haben Angst davor, in der Öffentlichkeit mit dem Problem Rechtsextremismus in Verbindung gebracht zu werden.

Ist das nicht verständlich? Was ist die Alternative?

Sicher versteh' ich das. Aber wenn man ein Problem nicht thematisiert, ist es deshalb nicht gelöst. Der Imageschaden ist viel größer, wenn dann etwas passiert – etwa weil ein Nazi ausländische Studenten in einem Bus überfällt. Die Alternative ist daher, dass wir alle mehr für die Demokratie tun müssen. Das ist zuerst eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber Institutionen – der Staat, die Kirchen, Firmen mit einer hohen Aufmerksamkeit – sind besonders gefordert – und die machen bislang viel zu wenig.

Sie haben auch mit den Verkehrsbetrieben kooperiert?

Ja, es hat lange gedauert, ehe wir mit den DVB ein Projekt für Zivilcourage machen konnten. Es wurde abgelehnt mit der Begründung, es sei „parteipolitisch“. Nach einem Jahr Überzeugungsarbeit haben wir im Oktober 2006 die erste Aktion auf den Bildschirmen in Bahnen



Christian Demuth von Bürger.Courage plädiert für ein größeres gesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus. Fotos: SZ/Marion Gröning

Zur Person: Bürger.Courage-Chef Christian Demuth

■ **Christian Demuth**, hat in Augsburg Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik studiert. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni in Erfurt und der TU Dresden.

■ **Schwerpunkte** der Tätigkeit des 35-Jährigen sind Parlamentarismusforschung, historische Institutionenanalyse und Toleranz in politischen Systemen. Zurzeit promoviert Demuth an der TU Dresden (Thema: „Der Bundes-



tag als lernende Institution“), arbeitet als Lehrbeauftragter und freier Politikberater. Er betreut Pro-

© www.buerger-courage.de

jekte verschiedener Parteien und Institutionen.

■ **2005** gründete Demuth den „Freundeskreis gegen rechtsextremes Denken – Bürger.Courage e.V.“ und ist dessen Vorsitzender.

■ **Der Verein** ist überparteilich und ermuntert Bürger, Rathäuser, Politiker, Firmen, Hochschulen und andere, sich aktiver für demokratische Werte einzusetzen. Mitglieder sind herzlich willkommen.

...er Hautfarbe ständig in Bedrohung leben müssen. Aber nur dagegen zu demonstrieren, reichte uns nicht. Ich denke, man sollte nicht über jedes Stöckchen springen, das die Nazis einem hinhalten. Wir wollen mit unseren Aktionen, in denen es um eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geht, zeigen, wie man das Problem offensiv anpacken kann. Dazu müssen wir die Öffentlichkeit erreichen, wir müssen gut informiert sein, wir brauchen eine klare Strategie.

Bürger.Courage erhält jetzt schon wieder einen Preis. Verraten Sie uns den Trick?

Es gibt keinen Trick. Die Jusos haben uns der Jury des Regine-Hildebrandt-Preises vorgeschlagen. Da sagen wir auch als überparteiliche Initiative nicht Nein. Jetzt teilen wir uns mit zwei anderen Initiativen Ostdeutschlands den ersten Preis. Das ist toll. Wir sind sehr stolz über die Entscheidung. Regine Hildebrandt war als Politikerin immer offen, sie trat für soziale Gerechtigkeit ein und war in ihrer Wortwahl nicht an die politische Rhetorik angepasst. Sie hat kein Blatt vor den Mund genommen. Das schätze ich sehr an ihr.

Zwei gut dotierte Preise in einem Jahr ist bemerkenswert.

Das stimmt. Vielleicht liegt es daran, dass wir von Anfang an professionell an die Sache gegangen sind. Wir arbeiten projektorientiert, was Leuten eine Teilnahme leicht macht. Außerdem haben wir immer professionelle Partner ins Boot geholt, wie einen Bühnenbildner und eine Fotografin bei dem Projekt ‚100 Tote‘ oder Regisseure für das Schülertheater.

■ Das Gespräch führte Alexander Schneider